



Vogt-Schild Medien AG
4501 Solothurn
032/ 624 74 74
www.grenchnertagblatt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 4'525
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 320.7
Abo-Nr.: 1053932
Seite: 26
Fläche: 19'539 mm²

SVP im Clinch mit Konkordat im Strafvollzug

St. Johannsen Regierung gegen Verzicht auf offenen Massnahmenvollzug

Im Kanton Bern soll künftig kein offener Massnahmenvollzug mehr möglich sein. Mit dieser Forderung beisst die SVP beim Regierungsrat auf Granit.

BRUNO UTZ

In den vergangenen Monaten hätten «drei gravierende Vorfälle exemplarisch aufgezeigt, dass im Straf- und Massnahmenvollzug dringende Korrekturen notwendig sind», schreibt die SVP in einer von Erstunterzeichner Thomas Fuchs (Bern) eingereichten Motion. Die öffentliche Sicherheit komme zu kurz. Diese Tatsache sei der Bevölkerung kaum mehr zuzumuten, heisst es im Vorstoss weiter. Die logische Konsequenz ist für die SVP klar: Im Kanton Bern soll es überhaupt keinen offenen Massnahmenvollzug mehr geben. Das betroffene Massnahmenzentrum St. Johannsen sei als geschlossene Anstalt weiterzuführen, verlangen Fuchs und die 15 Mitmotionäre.

Teil eines Konkordates

Der Regierungsrat empfiehlt dem Grossen Rat beide Motionspunkte zur Ablehnung. In seiner schriftlichen Antwort erinnert er daran, dass «St. Johannsen» Teil des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz sei. Erst vor zweieinhalb Jahren habe der Grosse Rat dem revidierten Konkordat zugestimmt. Gemäss Protokoll tat er dies 2007 ohne eine einzige Wortmeldung und ohne Gegenstimme. Selbst Motionär Fuchs unterstützte das Kon-

kordat. Beschlüsse der Grosse Rat nun, «St. Johannsen» neu als geschlossene Einrichtung zu führen, so wäre dies mit erheblichen Konsequenzen verbunden. «Und dies nicht nur innerhalb des Konkordates, sondern auch gesamtschweizerisch. Die wegfallenden 80 Vollzugsplätze würde «eine gewichtige Lücke» hinterlassen.

Ein Regimewechsel könnte zudem die Einweisung von «wesentlich gewaltbereiteren Personen mit schweren psychischen Störungen» zur Folge haben. Und die Arbeitsplätze der heutigen «St. Johannsen»-Landwirtschaft und -Gärtnerei entfielen. Zudem wäre der Einbau zusätzlicher Sicherheitseinrichtungen mit erheblichen Kosten verbunden. Schliesslich würden die Personalkosten ansteigen, insbesondere in den Bereichen Therapie und Sicherheit. Der geschlossene Massnahmenvollzug sei erheblich personalaufwändiger als der offene.

SVP-Fraktion macht sich ein Bild vor Ort

«Es tönt wie stets bei einer Ablehnung: Die Forderung ist fast nicht umsetzbar», kommentiert Fuchs den regierungsrätlichen Bescheid. Die Anstaltsdirektion habe ihn zu einem Besuch eingeladen. Fuchs: «Um uns ein Bild vor Ort zu machen, ob ein geschlossenes Regime so schwierig und teuer ist, haben wir gleich die Fraktionssitzung vom 27. Mai nach «St. Johannsen» verlegt.»